

„Es geht diesmal um mehr“ – Stellungnahme des Bürgermeisters der Stadt Arnsberg, Hans-Josef Vogel, zur Abschaffung der Lokalredaktionen der Westfälischen Rundschau und ihre Auswirkungen auf lokale Demokratie, Bürgerfreiheit und Medien

1.

Die Abschaffung der Lokalredaktionen der "Westfälischen Rundschau" (WR) einschließlich ihrer regionalen Berichterstattung bedeutet eine handfeste Schwächung lokaler und regionaler Demokratie, Kommunalen Selbstverwaltung und örtlicher Bürgergesellschaft mit ihren Initiativen, Vereinen und Einrichtungen.

Die WR-Lokalredaktionen werden zukünftig fehlen, um über die Arbeit der Städte zu informieren, sie kritisch zu begleiten und zu hinterfragen. Die WR-Lokalredaktionen werden fehlen, um dem Bürgerengagement in seiner wachsenden Bedeutung auch mit seinen Gegenentwürfen zum Bestehenden die notwendige Öffentlichkeit zu verschaffen. Wir sind alle von der Abschaffung der Lokalredaktionen betroffen.

2.

Die Abschaffung oder Stilllegung der WR-Lokalredaktionen schränkt die Freiheit von uns Bürgerinnen und Bürgern ein, sich aus einem vielfältigen Medienangebot über lokales Geschehen, d.h. über das Geschehen in unserer unmittelbaren Lebenswelt zu informieren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben nun nicht mehr die Möglichkeit, zumindest unter zwei verschiedenen Zeitungen mit lokaler Information und Meinung zu wählen.

Die lokalen Zeitungsinhalte sind nun endgültig bis auf den Zeitungstitel völlig identisch. Entsprechendes gilt für die Inhalte der sogenannten Hauptteile einschließlich des überregionalen Sportteils. Auch hier sind nur noch die Titel oder die Aufkleber der Logos von WAZ und WR unterschiedlich. Also: Alles jeweils vom Gleichen.

3.

Wenn jetzt der Hauptteil der WR völlig identisch ist mit der WAZ in Essen, wird in diesem Fall unsere Region von der Wahrnehmung im Land abgekoppelt. Sie wird deutlich weniger wahrgenommen. Stattdessen wird die Wahrnehmung des Ruhrgebiets vom Standpunkt Essen aus verstärkt. Dabei kommt es auf beide Dimensionen an, also auf die publizistische Verknüpfung unserer Region mit Dortmund und dem westfälischen Ruhrgebiet. Ab 01. Februar geht es nun nur noch in eine Richtung.

4.

Mit der Abschaffung der Lokalredaktionen und dem Schaffen völlig identischer Inhalte durch Einheitsredaktionen findet eine weitere Pressekonzentration statt: jetzt eine publizistische Konzentration. Der ökonomischen Pressekonzentration in Form einheitlicher Verlagsabteilungen (Anzeigenakquisition, Druck, Vertrieb und anderes) bei allerdings redaktionell unabhängig voneinander agierenden Redaktionen (sogenanntes „WAZ-Modell“) folgt nun die publizistische Konzentration durch die Abschaffung eben dieser redaktionell voneinander unabhängig arbeitenden Redaktionen.

Damit stimmt die weitsichtige Analyse der Monopolkommission in verschiedenen Haupt- und Sondergutachten seit über 30 Jahren: Publizistische Meinungsvielfalt ist nur bei wirtschaftlicher Selbstständigkeit von Medienunternehmen durchsetzbar. Oder umgekehrt: Ökonomische Machtkonzentration führt – wenn auch nach längerer Zeit – zur publizistischen Machtkonzentration und zum Abbau von publizistischer Vielfalt.

5.

Die Abschaffung der Lokalredaktionen wird auch Folgewirkungen haben für die journalistische Arbeit insgesamt. Die Tageszeitungen sind mit ihrer Lokalberichterstattung ein Leitmedium. Sie dienen auch zur Themenfindung von Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen.

6.

Schließlich geht es um die Glaubwürdigkeit der Medien selber: Nur im Lokalteil besteht für Bürgerinnen und Bürger die konkrete Chance, die Berichterstattung überprüfen zu können. Deshalb zählt der Lokalteil – neben dem Sportteil – zum meistgelesenen Teil der Tageszeitung. Wer als Verleger glaubt, darauf verzichten zu können, beschädigt die „DNA“ seines Produktes. Mit der Folge, dass noch mehr und nicht weniger Kündigungen von Abos kommen werden. Das kann nicht im Interesse der Verleger und auch nicht der Redakteure sein.

7.

Wir stehen deshalb auf der Seite der Redakteure in den Lokalredaktionen, die jetzt abgeschafft werden. Sie haben lokale Demokratie gefördert, Stadtgespräche initiiert, moderiert und durch eigene Beiträge bereichert, Verbesserungen angestoßen, Kritik geübt, Meinungen gesagt, Kulturereignisse besprochen, Behördendeutsch übersetzt, Serviceinformationen über alle möglichen Veranstaltungen, Termine und Fristen uns Bürgerinnen und Bürger ins Haus geliefert, sie haben Kuriositäten aufgetan, waren da bei Feuerwehreinsätzen und Notfällen, bei Schützenfesten, Karneval und Kirmes, haben sich mit uns Bürgerinnen und Bürgern gefreut und getrauert und haben damit auf herausgehobene Weise zu einer lebendigen Stadt beigetragen.

Es geht dieses Mal um mehr als um eine interne Entscheidung eines Medienunternehmens.

Und zum Schluss: Leider hat der publizistische und ökonomische Mut zu einem wirklich neuen publizistischen Konzept gefehlt.